

DOI: 10.5771/0342-300X-2020-5-389

Kommunitarismussehnsucht als ideologischer Diskurs

FLORIS BISKAMP

Ein Narrativ von Hegemonie und Entfremdung

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Autor*innen das Begriffspaar Kosmopolitismus/Kommunitarismus genutzt, um Zeit- und Gesellschaftsdiagnosen zu formulieren. Auch wenn sich diese Diagnosen in vielen Einzelheiten unterscheiden, steht im Kern doch immer wieder ein ähnliches Narrativ.

In den letzten, ganz im Zeichen der Globalisierung stehenden Jahrzehnten – so der Kern der Erzählung – habe sich eine liberal-kosmopolitische Hegemonie herausgebildet. Das Universelle und Globale sei auf-, das Partikulare und Nationale abgewertet worden. Gesellschaftlich spiegele sich das darin wider, dass heute kosmopolitische Werte wie Individualität, Kreativität, Toleranz, Diversität, Flexibilität und Weltläufigkeit immer mehr Anerkennung fänden, während kommunitaristische Werte wie Zusammenhalt, Solidarität und Zuverlässigkeit, aber auch Disziplin und Tradition an Bedeutung verlören. Im selben Prozess seien Institutionen der internationalen und globalen Governance gestärkt, nationale Institutionen aber geschwächt worden – und mit ihnen demokratische Kontrolle und wohlfahrtsstaatliche Umverteilung. Sowohl die Parteien der Rechten als auch die der Linken seien nach und nach auf einen liberal-kosmopolitischen Kurs eingeschwenkt und hätten sich dadurch von Teilen ihrer Basis entfremdet – die Rechte von traditionellen und konservativen Milieus, die Linke von den Arbeiter*innen. Diese Entwicklungen hätten in den betroffenen Gruppen für Frustration und zuletzt auch für folgenschwere Gegenwehr gesorgt – die Wahl Donald Trumps, der Brexit sowie die Erfolge verschiedener links-, rechts- und sonstwie populistischer Parteien sind die am häufigsten genannten Beispiele.

Das Begriffspaar Kosmopolitismus/Kommunitarismus, das im Kern dieses Narrativs steht, hat seinen Ursprung in der politisch-philosophischen Debatte, wo es zwei normative

Positionen bezeichnet. Kosmopolitische Perspektiven betonen universalistisch den gleichberechtigten Anspruch aller Menschen auf Rechte und Solidarität; kommunitaristische Perspektiven halten dagegen, dass Rechte und Solidarität sich überhaupt nur in partikularen Gemeinschaften und Ordnungen realisieren lassen, die auf Grenzen angewiesen seien. Zwar sind Kosmopolitismus und Kommunitarismus auch im philosophischen Diskurs keine homogenen Blöcke, die einander als klare Gegensätze gegenüberstünden. Wenn es jedoch darum geht zu reflektieren, wem man in einer in Nationalstaaten unterteilten, aber zugleich von Globalisierung und starken globalen Machtgefällen geprägten Welt Solidarität schuldet, können die Begriffe hilfreich sein.

Im eingangs skizzierten Narrativ werden die Kategorien Kosmopolitismus und Kommunitarismus aber nicht bloß zur Reflexion normativer Fragen, sondern auch zur politisch-soziologischen Analyse genutzt: Demnach gebe es nicht nur Kosmopolitismus und Kommunitarismus als philosophische Perspektiven, sondern auch Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen als unterscheidbare soziale Gruppen. Erstere hätten tendenziell höhere Bildungsabschlüsse und verfügten über mehr kulturelles Kapital. Weil sie dank dieser Ressourcen von Prozessen der Globalisierung und Neoliberalisierung profitierten, befürworteten sie die Öffnung von Grenzen für Menschen, Kapital, Waren, Dienstleistungen und Kultur, in soziokulturellen Fragen verträten sie progressive Werte. Kommunitarist*innen dagegen verfügten nicht über die entsprechenden Ressourcen und zählten daher zu den Verlierer*innen von Globalisierung und gesellschaftlicher Transformation. Daher stünden sie der Öffnung von Grenzen ablehnend gegenüber und hielten an traditionelleren Wertvorstellungen fest. Diese Unterscheidung werde immer wichtiger und stelle heute eine politische Spaltungslinie dar, entlang derer Gesellschaft und Politik zunehmend polarisiert seien.

Ist die Gesellschaft gespalten in Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen?

Jedoch ist es sehr zweifelhaft, ob diese politisch-soziologische Konzeption der Realität gerecht wird. Dies gilt insbesondere, wenn man auf die politische Angebotsseite schaut. Hier sind die Parteien, die in Bezug auf Migration und soziokulturelle Fragen am ehesten „kosmopolitische“ Positionen vertreten – Grüne und Linkspartei –, zugleich diejenigen, die sozioökonomisch für staatliche Eingriffe in den Markt, Umverteilung und Solidarität eintreten und sich internationalem Freihandel gegenüber skeptisch zeigen. Auch wenn Nölke¹ die Grünen wiederholt als wirtschaftsliberal kategorisiert, zählt die Partei zu den sozioökonomisch am weitesten linken im deutschen Parteienspektrum – wenngleich diese Fragen für die Grünen nicht im Zentrum ihrer Programmatik stehen. Die Parteien, die wie CDU und FDP einen „freieren“ Markt befürworten, sprechen sich dagegen eindeutig nicht (bzw. noch viel weniger als die Grünen) für eine Öffnung der europäischen Außengrenzen aus. Kurzum: Es gibt in Deutschland weder wirklich kosmopolitische noch wirklich kommunitaristische Parteien im oben genannten Sinne. Analoges gilt zumindest tendenziell auch für zivilgesellschaftliche und institutionelle Akteur*innen im öffentlichen Diskurs.

Auf der politischen Nachfrageseite ist das Bild etwas ambivalenter. In der Tat gibt es in der Bevölkerung Gruppen, die wohlfahrtsstaatliche Umverteilung befürworten, aber europäischer Integration, Migration und Freihandel skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen – oder diese zumindest deutlich weniger enthusiastisch befürworten als der gesellschaftliche Durchschnitt.

1 Nölke, A. (2017): Linkspopulär. Vorwärts handeln, statt rückwärts denken, Frankfurt a. M., S. 41, 58, 62.

Tatsächlich finden sich diese Gruppen überproportional unter Produktionsarbeiter*innen.² Dies passt zu Andreas Nölkes These einer „linkspopuläre[n]“ bzw. „links-kommunitaristische[n] Repräsentationslücke“:³ Entsprechende Einstellungen seien in der Bevölkerung verbreitet, fänden aber seit Jahren keine parteipolitische Repräsentanz. Weiter plausibilisiert wird diese These durch die Forschung zu Nichtwähler*innen sowie zu der Frage, wessen Interessen und Wünsche bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Jedoch sind auch in Bezug auf die Nachfrage deutliche Einschränkungen zu machen. So deutet auch hier nichts auf die so oft behauptete Polarisierung zwischen kosmopolitischen und kommunitaristischen Positionen hin. Wenn dies der Fall wäre, müssten diejenigen, die freie Migration befürworten, tendenziell auch freien Fluss von Waren und Kapital gutheißen. Jedoch gibt es keine Daten, die auf einen solchen Zusammenhang hindeuten.

Die ständige Rede von einer Polarisierung zwischen Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen drängt die Gruppen aus dem Blickfeld, deren Einstellungen nicht ins Schema passen. Dies sind auf der einen Seite diejenigen, die sich eindeutig für Solidarität mit Migrant*innen aussprechen und zugleich wohlfahrtsstaatliche Umverteilung begrüßen sowie dem freien Fluss von Waren, Dienstleistungen und Kapital skeptisch gegenüberstehen – man denke an die großen Schnittmengen der Massendemonstrationen gegen TTIP und für #unteilbar. Auf der anderen Seite gibt es gesellschaftliche Gruppen, die die Freiheit des Marktes begrüßen, aber keine offenen Grenzen für Migration befürworten. Daher ist es plausibler, wie Herbert Kitschelt⁴ eine Vierfeldermatrix zu entwerfen, in der alle Kombinationsmöglichkeiten – (1) soziokulturell progressiv, inklusiv und für Umverteilung; (2) soziokulturell progressiv, inklusiv und für Marktliberalismus; (3) soziokulturell traditionell, exkludierend und für Umverteilung; (4) soziokulturell traditionell, exkludierend und für Marktliberalismus – ihren Platz haben, anstatt

ohne hinreichende empirische Grundlage eine Polarisierungsthese zu vertreten, die den Blick vorschnell auf nur zwei Felder verengt.

Feindbild Kosmopolitismus und Sehnsuchtsbild Kommunitarismus

Im schlimmsten Falle gleitet das Narrativ über vermeintliche Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen in die Konstruktion zweier Klischeebilder ab, die nicht nur empirisch unzutreffend, sondern im schlechtesten Sinne ideologisch sind.

Auf der einen Seite wird ein regelrechtes Feindbild Kosmopolitismus aufgebaut. Bei Cornelia Koppetsch⁵ etwa wird ein Bild von „den“ Kosmopolit*innen als Gruppe privilegierter Subjekte gezeichnet, die sich für moralisch und intellektuell überlegen halten, in Wirklichkeit aber aggressiv nach unten tretend ihre Privilegien verteidigen und arrogant auf alle weniger privilegierten Gruppen hinabschauen. Es soll nicht in Abrede gestellt werden, dass es solche Verhaltensweisen wirklich gibt. Dafür aber, diesen Habitus mit „dem Kosmopolitismus“ und mit soziokulturell progressiv denkenden Milieus im Allgemeinen zu identifizieren, gibt es keine hinreichende empirische Grundlage. Die aktuelle Forschung zu Mustern und Praktiken der Solidarität enthält keinerlei Hinweise darauf, dass diejenigen, die kosmopolitisch denken, sich in lokalen Kontexten besonders unsolidarisch verhielten – eher deutet sich das Gegenteil an.⁶ Die Konstruktion eines Feindbildes Kosmopolitismus ist dabei nicht nur empirisch unzutreffend, sie reproduziert in ihrer Verzerrung der Realität auch Elemente radikal rechter Ideologie.

Auf der anderen Seite wird im Kosmopolitismus/Kommunitarismus-Diskurs ein Sehnsuchtsbild Kommunitarismus gezeichnet. Die Kommunitarist*innen erscheinen dann als bodenständige und solidarische Underdogs, die – von den kosmopolitischen Eliten zurückgelassen – händeringend um ihre Rechte kämpfen. Hier soll ebenfalls nicht in Abrede gestellt

werden, dass es solche Personenkreise gibt. Jedoch geht die Darstellung immer wieder mit massiven Überzeichnungen und Verzerrungen einher. Dies ist besonders auffällig, wenn den Wähler*innen radikal rechter Parteien unterstellt wird, dass sie sich „eigentlich“ vor allem nach Solidarität und sozialer Umverteilung im nationalen Rahmen sehnten. Auf diese Art werden Wähler*innen der radikalen Rechten zu im Grunde irgendwie Linken umgedeutet, die nur aus Alternativlosigkeit und Protest so abstimmen, wie sie eben abstimmen. Diese Umdeutung geht bei Koppetsch so weit, dass sie noch die Berufung auf den nationalsozialistischen Begriff der „Volksgemeinschaft“ als potenziell emanzipatorisch und auf die „Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit“⁷ gerichtet interpretiert.

Andere Autor*innen – unter anderem Nölke⁸ – argumentieren deutlich vorsichtiger: Man müsse die legitimen materiellen Ängste und Interessen der AfD-Wähler*innen sehen und dürfe diese nicht vorschnell als Rassismus aburteilen. Jedoch liegt dieser Gegenüberstellung von begründeten materiellen Ängsten einerseits und Rassismus andererseits ein stark verkürztes Rassismuskonzept zugrunde. Rassismus erscheint dabei als völlig irrationale menschenfeindliche Ideologie. Jedoch ist das Verhältnis von Rassismus und Rationalität deutlich komplexer. Rassismus ist nicht einfach nur irrationaler und bössartiger Hass. Er ist ein Diskurs, in dem durch die essenzialistische Zuschreibung bestimmter biologischer und kultureller Eigenschaften die Marginalisierung Anderer und damit auch die eigenen relativen Privilegien gerechtfertigt werden – und deutsche Arbeiter*innen sind verglichen mit syrischen Flüchtenden relativ privilegiert. Daher ist es gar kein Widerspruch, dass Anti-Migrations-Diskurse in Deutschland beides sind: Ausdruck realer Ängste vor Degradierung und rassistisch. Dabei befinden sich einige der sich rassistisch artikulierenden Subjekte in einer deutlich schwächeren sozialen Position als die Journalist*innen und Wissenschaftler*innen, die diesen Rassismus kritisieren.

2 Vgl. Biskamp, F. (2020): Die Arbeiter_innen, der Autoritarismus und die AfD. Einige Daten aus Runde 9 des European Social Survey, http://blog.florisbiskamp.com/2020/02/02/die-arbeiter_innen-der-autoritarismus-und-die-afd

3 Nölke (2017), a. a. O. (Fn. 1), S. 81.

4 Kitschelt, H. (2018): A Simpleton's Sketch of

Politics in Knowledge Society and the Role of Populist Radical Right and Left, <https://sites.duke.edu/dukefps/files/2018/04/Kitschelt-2018-Simpletons-Sketch-of-Politics-in-Knowledge-Societies.pdf>

5 Koppetsch, C. (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, Bielefeld.

6 Altreiter C. / Flecker, J. / Papouschek, U. / Schindler, S. / Schönauer, A. (2019): Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft, Wien, S. 22ff.

7 Koppetsch (2019), a. a. O. (Fn. 5), S. 178.

8 Nölke (2017), a. a. O. (Fn. 1), S. 33ff., 52ff.

Genau diese Ambivalenzen gilt es intellektuell zu reflektieren und politisch zu bearbeiten. Das Sehnsuchtsbild Kommunitarismus trägt jedoch nicht zur Reflexion der Ambivalenzen bei, sondern macht sie unsichtbar – und lässt damit das „linkspopuläre“ Potenzial deutlich größer erscheinen, als es ist.

Wir leben in einem von Ungleichheit geprägten Land. Dieses Land wiederum zählt in einer von Ungleichheit geprägten Welt zu den

reichsten und mächtigsten. Die Frage, wem man in dieser Welt welches Maß an Solidarität schuldet, führt in ein Dilemma – denn Solidarität, die etwas bedeuten soll, ist ein begrenztes Gut. Die Begriffe Kosmopolitismus und Kommunitarismus können in gewissem Maße dabei helfen, dieses Dilemma zu reflektieren – aber nur, wenn man sie nicht nutzt, um Strohfrauen, Feindbilder und Sehnsuchtsfantasien aufzubauen. ■

AUTOR

FLORIS BISKAMP, Dr., Promotionskolleg Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität, Eberhard Karls Universität Tübingen. Forschungsschwerpunkte: Politische Ökonomie, politische Theorie, Populismus- und Rassismusforschung.

 floris.biskamp@uni-tuebingen.de



CARINA ALTREITER/JÖRG FLECKER/ULRIKE PAPOUSCHKEK/SASKJA SCHINDLER/ANNIKA SCHÖNAUER
UMKÄMPFTE SOLIDARITÄTEN
 SPALTUNGSLINIEN IN DER GEGENWARTSGESELLSCHAFT

Promedia,
 Wien 2019

ISBN 978-3-85371-460-7
 200 Seiten, 17,90 €

2019 erschienen zwei Bücher, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem Begriff der Solidarität auseinandersetzen: Heinz Bude veröffentlichte *Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee* und Carina Altreiter, Jörg Flecker, Ulrike Papouschek, Saskja Schindler und Annika Schönauer gaben die Studie *Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft* heraus.

Diese beiden Neuerscheinungen zeugen von der Aktualität wie auch von dem Interesse an der Thematik der Solidarität. Letzteres zeigt sich nicht nur im gesamtgesellschaftlichen Diskurs, sondern ebenso in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Solidaritätsbegriff – auch schon bevor dieser mit der derzeitigen Corona-Pandemie in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt ist.

Auch wenn die Bücher den Begriff der Solidarität aus unterschiedlichen Blickrichtungen konzeptualisieren, so sind sie sich doch einig über dessen Konjunktur, Facettenreichtum und belebte Geschichte. Gleichwohl wählen die Verfasser*innen unterschiedliche Zugangsweisen, um sich dem Konzept anzunähern. Gerade die Zusammenschau dieser Perspektiven ermöglicht einen aufschlussreichen Einblick in die sozialwissenschaftliche Debatte, aber auch in die verschiedenen Deutungen von Solidarität. Während sich Heinz Bude der Problematik vor allem auf begriffstheoretischer Ebene widmet, nähern sich Altreiter et al. dem Konzept der Solidarität empirisch an.

Den Soziolog*innen Altreiter et al. gelingt es, anhand einer umfassenden empirischen Erhebung einen lebendigen, fundierten sowie analytisch gehaltvollen Blick in die Gegenwartsgesellschaft Österreichs und deren Solidaritätsvorstellungen zu geben. Ausgangspunkt sind dabei die im öffentlichen Diskurs thematisierten Spaltungslinien, die nicht nur sehr oft adressiert, sondern auch als scheinbar eindeutig verhandelt werden (rechts gegen links, oben gegen unten usw.). Die scheinbare Eindeutigkeit dieser Spaltungslinien wollen die Autor*innen auf den Prüfstand stellen. Dazu führen sie 48 Interviews mit Personen aus unterschiedlichen Milieus und Regionen und zeigen auf, inwiefern die Spaltungslinien „weniger polar sind, als man es annehmen würde“ (S.10).

Die Autor*innen konzentrieren sich auf „die zwei Seiten“ der Solidaritäts-„Medaille“ (ebd.) und fokussieren einerseits die Einschlüsse und Identifizierungen, andererseits aber auch die Ausgrenzungen und Spaltungen, die in den Interviews adressiert werden. Mit der Betonung der Gleichzeitigkeit von Ein- und Ausschluss tragen die Autor*innen der Widersprüchlichkeit des Solidaritätsbegriffs Rechnung, da sich Solidarität im Wechselspiel von Inklusion und Exklusion konzipiert. Durch dieses Verständnis wird ein unvoreingenommener Blick auf die in den Interviews adressierten Spaltungslinien ermöglicht und es werden nicht nur verschiedene (und vielleicht auch überraschende) politische Orientierungen sichtbar (S.13f.), sondern auch die unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven der Interviewpartner*innen miteinbezogen. Zugehörigkeiten und Bedingungen für Solidarität werden

in der Studie analysiert und zudem wird untersucht, mit welchen Orientierungen und Haltungen sich diese Vorstellungen verknüpfen.

Die Autor*innen sortieren die in den Interviews auftretenden Solidaritätsvorstellungen analytisch gewinnbringend entlang eines Kontinuums. Dabei abstrahieren sie von real existierenden Personen und fokussieren auf größere Zusammenhänge, die sie als „Solidaritätskonfigurationen“ (S.12) ausbuchstabieren. Ergebnis sind sieben Idealtypen (im Anschluss an Max Weber) von Solidaritätskonfigurationen, die sich zwischen dem hoch inklusiven Typus „Füreinander eintreten“ (S.22ff.) (der auf Entrechtung reagiert und v.a. auf eine politische Solidarität abzielt) und dem sehr exklusiven Typus „Unter sich bleiben“ (S.110ff.) (der eine ethno-nationale Ausgrenzung verfolgt) erstrecken. Diese sieben Solidaritäts-Typen werden in einzelnen Buchkapiteln vorgestellt und anhand von Interview-Beispielen, die die Kapitel lebendig und kurzweilig machen, plastisch ausgeführt. Hier ist besonders hervorzuheben, dass die Autor*innen ihrem Vorsatz gerecht werden, „den Sichtweisen der Befragten mit Wertschätzung zu begegnen und die dahinterliegenden Anliegen sichtbar zu machen“ (S.19).

Auf Basis dieser Solidaritätstypen zeigen die Autor*innen im folgenden Kapitel auf, inwiefern darin „umkämpfte Solidaritäten und gesellschaftliche Spannungslinien zum Ausdruck kommen.“ (S.121) Deutlich wird, wen die Interviewten mit „wir“ meinen, also welche Personengruppen ein- und welche ausgeschlossen werden. Die Interviewpartner*innen fühlen sich verschiedenen „sozialen Kategorien oder sozialen Gruppen“ zugehörig, denn „in der modernen Gesellschaft gehört niemand nur einer Gruppe an“ (S.124). Eben diese Vielfalt an möglichen „Wir“ (z. B. die „Hart-Arbeitenden“ oder das „ethno-nationales Wir“ [S.139]) ist „wichtige Voraussetzung für Solidarität“. Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe ist für die Durchsetzung von Interessen ausschlaggebend – dementsprechend werden oft einzelne Zugehörigkeiten (wie die als Österreicher*in) zuungunsten anderer möglicher Identifizierungen in den Vordergrund gerückt. Gleichzeitig können das Wir und die Solidargemeinschaft aber auch auseinander-treten, sich überlappen und widersprechen. Es sind „vielfältigere und variabelere Möglichkeiten der Solidarisierung zu erkennen“ (S.133), als es eine Betrachtung von festgefühten oder vorher angenommenen Zugehörigkeiten ermöglichen würde. Und eben hier erzielt die Analyse gewinnbringende Ergebnisse.

Die Studie zeigt so auf, inwiefern die oftmals konstatierte Trennung zwischen exklusiv und inklusiv zu einfach gedacht ist. Migrant*innen und Geflüchtete werden lediglich an den äußeren Polen des Solidaritätskontinuums eindeutig ein- oder ausgeschlossen. In den sich zwischen diesen Polen befindenden Solidaritätskonfigurationen vermengen sich Haltungen bezüglich Leistungsfähigkeit und Leistungswillen, das Wissen um globale und/oder nationale Ungleichheiten bzw. deren Negation oder Ab-

BESPROCHEN VON

Mirko Broll und Eva Fleischmann sind wissenschaftliche Mitarbeiter*innen am Lehrstuhl für „Politische Soziologie sozialer Ungleichheit“ an der Ludwig-Maximilian-Universität München

wertung. Die These einer eindeutigen Polarisierung greift zu kurz. Die im empirischen Material sichtbar gewordenen Spaltungslinien bilden vielmehr ein komplexes Netz, in dem sich Linien zwischen den „hart Arbeitenden und den Arbeitsscheuen“, den „Privilegierten und den Benachteiligten“, „den Einheimischen und Migrantinnen“ überlappen. Menschen, die ihre Solidarität auf Geflüchtete richten, sind nicht zwangsläufig umfassend solidarisch, genauso wie die an nationale Zugehörigkeit geknüpfte Solidarität oft auch durch den Willen zur Leistung begrenzt wird.

Diese Ambivalenzen und Widersprüche buchstabieren die Autor*innen gewinnbringend aus und erschließen den Leser*innen somit die empirische Realität. Diffuse Zusammenhänge und ambivalente Momente innerhalb der Solidaritätsvorstellungen werden erhellend kenntlich gemacht und mit Vorstellungen von Gerechtigkeit oder Leistung in Verbindung gebracht. Gleichzeitig werden materielle Ungleichheiten und Prekaritätserfahrungen bzw. -wahrnehmungen mitgedacht. Dementsprechend bietet diese Analyse auch die von den Verfasser*innen angestrebte Grundlage für eine politische Ansprache und Mobilisierung, die von Solidaritätsvorstellungen bestimmt sind.

Jenseits dieser (sinnvollen und anschlussfähigen) Übersetzung in politische Mobilisierungsstrategien wären mehr theoretische Bezüge wünschenswert, um über diese sehr gehaltvolle analytisch-deskriptive Ebene hinaus auch gesellschaftstheoretische Aussagen treffen zu können.

Eben dies leistet der Essay *Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee* des Soziologen Heinz Bude. Der Autor nähert sich dem Phänomen der Solidarität aus einer theoretischen Perspektive in zwölf „Meditationen“. Er sieht gegenwärtig vor allem zwei dominante Identifikationsangebote, die auf Erfahrungen von Sinnverlust und Erschöpfung in der spätmodernen Gesellschaft reagieren und gegen die er sein Buch in Stellung bringt. Zum einen werde von der politischen Rechten – den „glühenden Verfechter[n] der Solidarität“ (S. 10) von heute – eine völkische, in hohem Maße exklusive Solidarität propagiert, die Menschen eine ideologische Heimat in der eigenen Wir-Gruppe bietet. Zum anderen beobachtet er die für viele Menschen hohe Attraktivität von Achtsamkeitskonzepten, die gewissermaßen das Gegenteil der kollektiven exklusiven Solidarität von rechts darstelle. Hier wolle das Ich wieder zu sich kommen und für sich selbst sorgen, in gewisser Weise eine Selbstimmunisierung gegen die Zumutungen der Gesellschaft.

Eine inklusive Solidarität als dritte Möglichkeit neben völkischer Solidarität und achtsamer Selbstsorge stehe dagegen auf verlorenem Posten. Mit seinem Buch unternimmt Bude daher eine diskursive Intervention und versucht ein neues Deutungsangebot für eine inklusive, zukunftsfähige Solidarität zu machen.

Mit bis in die griechische Antike zurückgehenden, schlaglichtartigen und teils sehr sprunghaften „Meditationen“ nähert sich Bude dem Begriff der Solidarität. Er un-

ternimmt dabei einen Streifzug durch dessen Geschichte: Vom Begriff der Freundschaft in Aristoteles' Nikomachischer Ethik über die religiösen Brüderlichkeitsethiken und das Römische Recht bis zur modernen Auffassung von Solidarität in der Französischen Revolution, der Arbeiter*innenbewegung und ihrer institutionalisierten Form im Sozialstaat. In Rekursen auf die Evolutionsanthropologie und Entwicklungspsychologie sowie in Abgrenzung von verwandten Begriffen wie Barmherzigkeit, Gerechtigkeit, Empathie und Achtsamkeit versucht Bude ein eigenes, zukunftsweisendes Konzept von Solidarität zu entwickeln. Es geht ihm darum, Solidarität von ihrem moralischen und anthropologischen Begründungszusammenhang zu lösen. Es gebe weder einen moralischen Zwang zur Solidarität, noch sei sie in der menschlichen Natur angelegt, sie lasse sich „weder durch Argumente moralisch erzwingen noch als Therapie für ein verwundetes Ich empfehlen“ (S. 163). Für Bude ist Solidarität im Kern „eine Möglichkeit jedes Einzelnen“ (S. 11). Mit Rückgriff auf das Denken Albert Camus' entwirft er Solidarität dabei als einen Bezug zur Welt: „Der Begriff der Solidarität beschwört eine Welt, die wir mit anderen Lebewesen teilen. Aber es spielt keine Rolle, was sie sagen oder wie sie mich mit ihren Blicken, ihren Gesten und ihre [sic] Berührungen bedrängen. Sie sind da, und ich kann mir nicht vorstellen, wie ich ohne diese vielen Anderen sein könnte“ (S. 163). Die Bereitschaft zur Solidarität verdanke sich der Einsicht in die Absurdität des eigenen Daseins. „Niemand muss solidarisch sein, man muss nur eine Ahnung davon haben, was man verliert, wenn man vergisst, was wir uns schulden“ (S. 33).

Im Kern geht es dabei um eine Solidarität, die weder auf das eigene Wir kapriziert bleibt, noch sich in der Empathie für das Wir der anderen erschöpft, sondern ein drittes, gemeinsames Wir schafft, das sich der wechselseitigen Angewiesenheit bewusst ist. Mit dieser Vorstellung einer Solidarität, die auf der Abhängigkeit der Menschen untereinander beruht, schließt Bude an die soziologische Integrationstheorie Emile Durkheims an, ohne jedoch, wie er diesem attestiert, den Blick für die Mikropolitiken der Solidarität unter Nachbar*innen, Freund*innen oder bei der gemeinsamen Bergwanderung zu verlieren. In dieser Tradition steht dann folglich auch die Frage nach den Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Vordergrund. Bude bewegt sich mit seinem Solidaritätsverständnis näher an der Idee des Korporatismus oder der sozialen Solidarität (verstanden als „Solidarität des Ausgleichs und der Vermittlung“ [S. 79]) zwischen Unterschiedlichen denn an einem politischen Verständnis von Solidarität, die mit Kurt Bayertz als Kampf-Solidarität bezeichnet werden kann. So dient ihm als paradigmatisches historisches Beispiel für diese „Solidarität im Anderssein“ (S. 110) auch die korporatistische Vereinbarung, die Anfang der 1960er Jahre zwischen dem KZ-Überlebenden und IG Metall-Bezirksleiter Willi Bleicher und dem ehemaligen SS-Offizier und überzeugtem Nationalsozialisten Hanns Martin Schleyer, in der Nachkriegszeit Vorsitzen-



HEINZ BUDE
SOLIDARITÄT
DIE ZUKUNFT
EINER GROSSEN IDEE

Carl Hanser,
München 2019

ISBN 978-3-446-26184-6
176 Seiten, 19,00 €

der des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württembergs, geschlossen wurde. Das „Stuttgarter Verhandlungspaar“ habe sich trotz der eigenen Vergangenheit als Opfer bzw. Täter des Nationalsozialismus im postnazistischen Deutschland an einen Tisch gesetzt und für beide Seiten akzeptable Ergebnisse erzielen und in dieser Hinsicht gemeinsame Ziele formulieren können. Ein weiteres Beispiel dieser sozialen Solidarität, das er mit Bezug auf den Verhaltensforscher Michael Tomasello anführt, ist das gemeinsame Tragen eines Tisches, das das Aufeinanderangewiesensein bei der Bewältigung einer gemeinsamen Aufgabe illustriert (S. 101): „Solidarisch sein heißt, füreinander verantwortlich zu sein.“ (S. 83)

Zentral ist bei Bude der Gedanke einer „Solidarität im Anderssein“ (S. 110), der sich abhebt von klassischen Solidaritätsverständnissen, die eine wie auch immer geartete Gleichheit der Solidarischen voraussetzen. Diese Akzeptanz des Anderen und der Pluralität in Solidaritätsbeziehungen ist anregend und sympathisch. Solidarität muss Differenzen zulassen und überbrücken, will sie gesellschaftlich wirkmächtig werden. Problematisch wird diese Vorstellung allerdings dann, wenn Klassenunterschiede nicht mehr als Problem betrachtet werden, das durch Solidarisierung überwunden werden muss, sondern es nur noch um den gesellschaftlichen Zusammenhalt geht und

die widersprüchlichen Verhältnisse geglättet werden sollen. Der Satz, der dieses Interesse des Soziologen wohl am besten verdeutlicht, steht auf Seite 55: „Jedenfalls ist das für das Funktionieren des Systems zu hoffen.“ Damit wird er zum Vordenker der viel beschworenen Solidarität in Zeiten der Corona-Pandemie und man könnte annehmen, dass Frank-Walter Steinmeier Budes Buch gelesen hat, wenn er in seiner nationalen Fernsehansprache vom 11. April 2020 die Verantwortung der Einzelnen für das Ganze hervorhebt. Solidarität meint heute in erster Linie Systemerhaltung und nicht Systemveränderung.

Bude trifft mit seinem Buch einen wunden Punkt, wenn er den emanzipatorischen Kräften eine Vernachlässigung der Solidarität vorwirft. Scharf(sichtig) und treffend ist auch seine Kritik der *en vogue* gewordenen selbstbezüglichen Achtsamkeitsideologie. Bude ist zudem anzurechnen, dass er sich mit seiner Auseinandersetzung gegen eine exklusive Solidarität von rechts stellt und versucht, eine inklusive Solidarität wiederzubeleben. In seiner fast schon harmonistischen Konzeption von Solidarität zieht er ihr aber den Stachel, ihr transformatives Moment, das nicht zuletzt darin besteht, sich gegen die gesellschaftlichen Akteure und Institutionen zu richten, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung von Herrschaft und Ausbeutung (im lokalen wie globalen Maßstab) haben. ■

DOI: 10.5771/0342-300X-2020-5-395



IRMI SEIDL/
ANGELIKA ZAHRT (HRSG.)
TÄTIGSEIN IN DER
POSTWACHSTUMS-
GESELLSCHAFT

Metropolis,
Marburg 2019

ISBN 978-3-7316-1405-0
262 Seiten, 18,00 €

Der Ende des Jahres 2019 erschienene Band rankt sich um die These, dass wir eine „Relativierung der Erwerbsarbeit“ brauchen, „um uns aus der Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu lösen und innerhalb der planetaren Grenzen wirtschaften zu können“.

In der Einleitung werden zwei für den Sammelband grundlegende Zusammenhänge herausgearbeitet: Erwerbsarbeit sei „zu hoch mit Abgaben belastet“, was den Faktoreinsatz von menschlicher Arbeit zum Naturverbrauch verschiebe und wirtschaftliches Wachstum antreibe. Ferner sei eine Relativierung der Erwerbsarbeit nötig, um den Umweltverbrauch zu senken und um Freiräume für ein breit gefächertes Tätigsein in der Postwachstums-gesellschaft zu eröffnen. Demzufolge werden in mehreren Beiträgen Modelle verminderter Erwerbsarbeitszeiten in Nachbarländern und neuere Tarifabschlüsse hierzulande besprochen, die zum Gewinn an Zeitwohlstand beitragen (Gerold, Reuter). Auch die Digitalisierung könnte den Zeitwohlstand vermehren (Nierling/Krings).

Vielfach wird angesprochen, dass der Ausbau unbezahlter Tätigkeitsbereiche von entsprechender Rahmengestaltung abhängt; hierzu gehört es auch, Arbeit wieder an Werten für das Tätigsein auszurichten (Fritz-Schubert). Auffällig ist, dass der positive Zusammenhang von weniger Erwerbsarbeitszeit mit ökologischen und sozialen Effekten kaum hinterfragt wird. Diese Annahme ist eine Grundkonstante im Diskurs um nachhaltige Arbeit; dennoch wäre es wünschenswert, wenn Befunde, die verdeutlichen, dass freie Zeit nicht per se zu ökologischem Verhalten führt, mit abgewogen würden.

Neben der Rahmengestaltung braucht es Infrastrukturen und Gelegenheiten des Tätigseins. Als Beispiele werden alternative, weniger wachstumstreibende Konsumformen (u. a. *sharing*, *urban gardening*, Reparaturwerkstätten) als Quelle individueller sozialer Teilhabe (Fischer/Stieß) und frei-gemeinnützige Tätigkeiten diskutiert (Wehner). Unternehmen könnten Arbeitsorganisation und Arbeitszeit so gestalten, dass Freiräume für ressourcenarme und zugleich zeitaufwendige Konsumstile eröffnet werden. Aus der alternativen Ökonomie könnten sie lernen, „wie bezahlte und unbezahlte Tätigkeiten sich befruchten“ (Jorck/Schrader). Eine Vielfalt an formellen und unbezahlten Tätigkeiten berge auch die Rückkehr zu einer arbeitsintensiven, nähräumlichen Landwirtschaft (Gottwald et al.). Die hybride Verschränkung von professioneller und unentgeltlicher Sorgearbeit wird als weiteres Beispiel skizziert (Hagedorn). Im Sinne des obigen Einwands ist dabei der Verweis hervorhebenswert, dass man die Tätigkeitspotenziale einer „stark von der Arbeit am und mit Menschen geprägten Postwachstumsgesellschaft“ (H.i.O.) nicht überschätzen dürfe. Professionelle Pflege dürfe nicht ersetzt, sondern durch Eigeninitiative nur flankiert werden; letztlich seien erheblich höhere öffentliche Ausgaben vonnöten.

Tätig sein zu können, erfordere auch die Umgestaltung der sozialen Sicherung. Die Absicherung unbezahlter, re-

ziproker Tätigkeiten müsste – so die Argumentation – in das System aufgenommen werden: zum einen weil dies zu einer Schwächung der Wachstumslogik führe, zum anderen weil das Sicherungsniveau ansonsten zurückginge. Als Instrument werden, durch Vermögensumverteilung begleitet, Zeitkonten für nicht bezahlte Tätigkeiten vorgeschlagen (Kubon-Gilke). Die (Sozial-)Staatsfinanzierung sei auf Umwelt- und Vermögensabgaben umzuschichten, was zur Verbilligung der Erwerbsarbeit im Bereich niedriger und mittlerer Einkommen führe. Dies würde die Preise der Dienstleistungsarbeit senken und demzufolge eine Kreislaufwirtschaft fördern (Köppel/Schratzenstaller).

Zusammengefasst stellt der Sammelband in einer Art Kompendium facettenreich den Stand der Diskussion zum erweiterten Arbeitsbegriff und vielfältige Tätigkeitsfelder vor. Er schärft zu Recht den Blick darauf, dass heutige Erwerbsarbeit ein historisch junges Produkt und damit veränderbar ist; der Rückblick auf häusliche Familienwirtschaft zeigt, wie „vielfältig und wandelbar die Lebensformen sind“ (Komlosy). Der heutige Stellenwert von Erwerbsarbeit und ihre differenzierte gesellschaftliche Inwertsetzung wird in der Coronakrise überdeutlich. Auch wenn sich der Sammelband kaum mit den Chancen der vielfach adressierten Rahmengestaltung auseinandersetzt, benennt er doch Tätigkeitsfelder und Bedingungen für ihre Erweiterung, die insbesondere in Krisenzeiten als Gelegenheitsfenster von Veränderungen offen zu diskutieren und zu erforschen seien.

Dabei wären einige Klärungen wünschenswert: Der These, dass Erwerbsarbeit und die mit ihr verknüpfte soziale Sicherung einem inhärenten Wachstumsdrang unterliegen, fehlt eine Einbettung in die kapitalistische Marktordnung (zumindest Reuter spricht das Verteilungsproblem an). Die Gefahr liegt nahe, die erwerbsarbeitenden Frauen und Männer zu Verursachern von Wachstum und Umweltzerstörung zu erklären. Auch damit greift der Sammelband eine nicht neue Auseinandersetzung zwischen Umwelt- und Arbeiterbewegung auf. Wie schon angesprochen, sollte nicht nur der Zusammenhang von Erwerbsarbeitszeitverkürzungen und Umweltschonung hinterfragt werden, sondern auch, ob etwa neue Tätigkeiten des *selfproviding* (*urban gardening* etc.) ökologisch weniger belastend sind als professionelle Arbeit.

Augenfällig ist, dass Erwerbsarbeit selbst und ihre Gestaltung kaum angesprochen werden. Zwar werden Risiken wie das digitale Proletariat erwähnt, dem wird jedoch nur die Vision einer partiellen Abkehr von Erwerbsarbeit in Kombination mit unbezahlten Tätigkeiten gegenübergestellt. Schließlich zeigt der einzelne über Europa hinausreichende Blick auf Entwicklungs- und Schwellenländer (Stoll), dass es differenzierter Strategien für unterschiedlich entwickelte Länder bedarf und wirtschaftliches Wachstum in ärmeren Ländern mitunter notwendig ist. Damit sind offene Fragen angedeutet, die der Band nur streift, für deren Bearbeitung er in und nach der Coronakrise aber vielfältige Anregungen liefert. ■

BESPROCHEN VON

Sebastian Brandl, Dr., ist Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Arbeits- und Berufssoziologie sowie Sozialpolitik an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit (HdBA), Schwerin

Abstracts

WSI-MITTEILUNGEN 5/2020, SEITEN 319–326

STEPHAN LESSENICH, MICHAEL REDER,
DIETMAR SÜß

Zwischen sozialem Zusammenhalt und politischer Praxis: Die vielen Gesichter der Solidarität

Gegenläufig zu vielfachen Tendenzen der Entsolidarisierung im Zuge neoliberaler Umbrüche entstehen gegenwärtig neue Formen der Solidarität, die (teils) traditionelle Grenzen überschreiten. Diese lassen sich angemessen verstehen, wenn man erstens in historischer Perspektive Unterschiede und Überschneidungen zu Begriffen wie Hilfe, Utopie oder Solidarismus analysiert. Zur Rekonstruktion der Rede über Solidarität helfen zweitens fünf Begriffskontinuen, innerhalb derer sich die Diskussion aktuell bewegt. Diese Kontinuen schärfen den Blick auf Annahmen und Begrenzungen des Diskurses. Der Beitrag argumentiert vor diesem Hintergrund für ein praxeologisches Verständnis von Solidarität. Gerade politische Praktiken der Solidarität haben das Potenzial, bestehende Strukturen und Diskurse zu kritisieren und Wege für eine Transformation der Gesellschaft aufzuzeigen, ohne in bloße Sozialromantik zu verfallen. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2020, PP 319–326

STEPHAN LESSENICH, MICHAEL REDER,
DIETMAR SÜß

Between Social Cohesion and Political Practice: The Many Faces of Solidarity

Contrary to multiple tendencies to diminish solidarity in the context of neo-liberal developments, new forms of solidarity are currently emerging that (partly) transcend traditional boundaries. These can be adequately understood if, firstly, differences and overlaps of

concepts such as aid, utopia or solidarism are analysed in a historical perspective. Secondly, in the process of reconstructing the current discourse of solidarity, five conceptual continua are utilised to sharpen the focus on some of its assumptions and limitations. Against this background, the article argues for a praxeological understanding of solidarity. In particular, political practices of solidarity have the potential to criticise existing structures and discourses and to transform society without engaging in mere social romanticism. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2020, SEITEN 327–334

KLAUS KOCK, EDELGARD KUTZNER

Solidarität im Arbeitsalltag

Im Zentrum des Untersuchungsinteresses dieses Beitrags steht der Betrieb als ein Ort der Entstehung von Solidarität. Um die Anforderungen des Arbeitsprozesses zu bewältigen, gehen Beschäftigte kollegiale Bindungen und Verpflichtungen ein, womit sie zugleich ihrem Bedürfnis folgen, in der Arbeit die eigene Identität zu entwickeln und soziale Wertschätzung zu erfahren. Kollegialität ist – so wird argumentiert – eine implizite Leistung der Arbeitenden, auf die der Betrieb angewiesen ist, die aber nur von ihnen selbst interaktiv praktiziert werden kann. Aus Kollegialität entwickeln sich Prozesse der Solidarisierung, wenn die Beschäftigten ihre Machtpotenziale nutzen, um eigene Ziele zu formulieren und Einfluss auf die Rahmenbedingungen ihrer Kooperation zu nehmen. Gewerkschaften führen die vom Arbeitsplatz ausgehenden kollegialen und solidarischen Handlungsweisen zusammen, sie nutzen die in den Betrieben entstehenden Machtpotenziale der Beschäftigten und bündeln sie zu Organisationsmacht. Jede gewerkschaftliche Forderung fußt letztlich auf gemeinsamen Zielsetzungen

der Mitglieder und ihrer Bereitschaft, sich dafür einzusetzen. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5 / 2020, PP 327–334
KLAUS KOCK, EDELGARD KUTZNER

Solidarity in Everyday Working Life

The article focuses on the company as a place where solidarity is born. In order to cope with the demands of the work process, employees enter into collegial ties and commitments, at the same time following their need to develop their own identity and experience recognition at work. The authors argue that collegiality is an implicit service provided by the workers, on which the company depends, but which can only be practised interactively by the workers themselves. Collegiality develops into processes of solidarity if employees use their power potentials to formulate their own goals and influence the conditions of their cooperation. Trade unions bring together the collegial and solidarity-based modes of action emanating from the workplace; they use the power potential of the employees arising in the companies and bundle it into organisational power. Every trade union demand is ultimately based on the members' common objectives and their willingness to stand up for them. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5 / 2020, SEITEN 335–342
CORNELIUS TORP

Grenzen der Solidarität?

Flüchtlingsmigration
und nationaler Wohlfahrtsstaat

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingsbewegung der letzten Jahre hat sich eine breite Debatte darüber entwickelt, ob die Zuwanderung das Potenzial besitzt, die gesellschaftliche Solidarität zu zerstören, die angeblich das Fundament

des nationalen Wohlfahrtsstaats darstellt. Dass der moderne Sozialstaat auf Vorstellungen von Solidarität beruht, ist durchaus umstritten, lässt sich mithilfe eines zwischen Handlungs- und Systemebene unterscheidenden Solidaritätsbegriffs aber gut begründen und findet sich durch historische Evidenz erhärtet. Doch war und ist die dem Sozialstaat zugrundeliegende Solidargemeinschaft nie einfach mit der Nation gleichzusetzen. Vielmehr unterschied sich ihr Zuschnitt stets erheblich von einem Zweig der sozialen Sicherung zum anderen und veränderte sich darüber hinaus im Zeitverlauf. Schließlich liefert die bisherige empirische Forschung zur Frage, ob Migration die solidarischen Wurzeln des Wohlfahrtsstaats bedroht, uneindeutige Ergebnisse. Angesichts dessen plädiert der Beitrag für eine präzisere Wirkungsanalyse anhand historischer Fallstudien, eine stärkere Differenzierung zwischen sozialstaatlichen Subsystemen und eine Öffnung des Blicks für mögliche integrative Wirkungen des Wohlfahrtsstaats. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5 / 2020, PP 335–342
CORNELIUS TORP

Limits of Solidarity?

The Movement of Refugees
and the National Welfare State

The movement of refugees over recent years has given rise to a wide-ranging debate about whether immigration has the potential to destroy the national solidarity on which the welfare state allegedly rests. It is certainly debatable whether the modern welfare state was conceptualised on the basis of solidarity. If solidarity is defined in a way that differentiates between the action and system levels, however, this can be justified quite well and is corroborated by historical evidence. Nevertheless, the solidarity-based community that forms the basis of the welfare state can and could never simply be equated with the nation. Rather, its respective scope differed con-

siderably from one branch of social security to the other and, moreover, changed over time. Finally, empirical research has come to disparate conclusions on the issue of whether migration threatens the solidarity-based roots of the welfare state. Against this background, the article advocates more precise impact analysis using historical case studies, stronger differentiation between the subsystems of the welfare state and a fresh view of the integrative potential of the welfare state. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5 / 2020, SEITEN 343–348
DANIEL MAUL

Globale Solidarität?

Hundert Jahre
International Labour Organization (ILO)

Vor rund 100 Jahren, im Juni 1919, wurde in Paris die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) gegründet. Ausgehend von einem recht engen europäischen und hauptsächlich industriellen Schwerpunkt kann die Geschichte der ILO im doppelten Sinn als eine Geschichte der ständigen Expansion gelesen werden: Sowohl was ihre Mitgliedstaaten betrifft, als auch mit Blick auf die Formen der Arbeit und die Gruppen von arbeitenden Menschen, die in der ILO vertreten sind, ist die Organisation globaler geworden. Gleichzeitig diente die ILO als Prisma der Konflikte und Spannungen, die die Arbeitswelt im Laufe des vergangenen Jahrhunderts geprägt haben. Wie der Beitrag zeigt, bietet die Geschichte der ILO zahlreiche Ansatzpunkte, um über möglichen Grundlagen und Grenzen der Solidarität zwischen Staaten, Gesellschaften, sozialen Gruppen und Einzelpersonen auf globaler Ebene zu reflektieren. Die ILO wird dabei als Resonanzboden für Ideen transnationaler Solidarität, aber auch als Aktionsfeld für deren praktische Umsetzung untersucht. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2020, PP 343–348

DANIEL MAUL

Global Solidarity?

The International Labour Organization (ILO) Turns 100

Roughly 100 years ago, in June 1919, the International Labour Organization (ILO) was founded in Paris. Starting from a quite narrow European and mainly industrial focus, the history of the ILO can be read as one of constant expansion, both geographically and with regard to the fields of work and the type of workers represented in the organisation. At the same time the ILO can serve as a mirror of the conflicts and tensions that have characterised the world of work in the course of the past century. The article shows that the history of the ILO offers plenty of starting points to reflect about both the foundations and the limits of solidarity between states, societies, social groups and individuals on a global scale. The ILO appears not only as a sounding board for ideas of transnational solidarity, but also as a field of action for the latter's practical political implementation. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2020, SEITEN 349–355

MICHAEL REDER, ALEXANDER HEINDL

Politische Solidarität in transnationaler Perspektive

Solidarität wird oft an die soziale Gemeinschaft gebunden. Ein solches Verständnis greift in einer globalisierten Welt offensichtlich zu kurz. Demgegenüber argumentiert der Beitrag für ein politisches Verständnis von globaler Solidarität. Ein solches Konzept zielt, im Kontrast zu einem Fokus auf soziale Solidarität, auf gesellschaftlichen Wandel und beinhaltet ein utopisches Moment. Dabei geht es den vielfältigen und teilweise auch konfligierenden Praktiken politischer Solidarität im globalen Kontext vor allem um

eine Kritik an und eine Alternative zu traditionellen politischen Strategien und deren Umgang mit globalen Herausforderungen. Im Kampf um globale Lösungsvorschläge zielen sie auf eine Hör- und Sichtbarmachung der Ausgeschlossenen angesichts vielfältiger Krisen. Dabei erweist sich gerade die Pluralität dieser Praktiken als ein wichtiges demokratisches Potenzial. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2020, PP 349–355

MICHAEL REDER, ALEXANDER HEINDL

Political Solidarity in a Transnational Perspective

Solidarity is often linked to a specific social community. In a globalised world however, such an understanding obviously falls short. Therefore, this article argues for a political understanding of solidarity in a transnational perspective. Such a concept, in contrast to a focus on social cohesion, aims at social change and includes a utopian dimension. The diverse and sometimes conflicting practices of political solidarity in a global context are mainly about expressing counter-models to prevailing political interpretations. In the struggle for global proposals for concrete political solutions, they aim to make the excluded heard and visible in the face of diverse crises and to transform the foundations of (transnational) coexistence. It is exactly the plurality of these practices that displays significantly important democratic potential. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2020, SEITEN 356–361

GRETA WAGNER

Helfen und Kritik

Das Verhältnis von Solidarität und Wohltätigkeit in der Hilfe für Geflüchtete

Anderen zu helfen kann aus einer gesellschaftskritischen Perspektive umstritten sein. Ist die Hilfe nicht verbunden mit politischer Kritik – so

der Vorwurf –, stabilisiert sie oft eher den Status quo, als dass sie zu gesellschaftlicher Transformation beiträgt. Einseitige Hilfsbeziehungen reproduzieren symbolische Ungleichheiten und bergen die Gefahr des Paternalismus. Deshalb versuchen Aktivist*innen, nicht wohlütig zu helfen, sondern solidarisch. Solidarität aber basiert idealtypisch auf Reziprozität, die gerade in ungleichen Verhältnissen voraussetzungsreich ist. In diesem Beitrag werden solidarische und wohlütiges Helfen konzeptionell unterschieden. Die Autorin diskutiert drei Kontrastfälle, in denen Freiwillige Geflüchteten helfen: aktivistisches Helfen auf Lesbos, zivile Seenotrettung im Mittelmeer und ehrenamtliche Hilfe für Geflüchtete in rheinhessischen Dörfern. Die Hilfe in den drei Fällen basiert auf unterschiedlich langen Interaktionsphasen, was ebenso Auswirkungen auf die Bedeutung der Wechselseitigkeit zwischen Helfer*innen und Hilfspfänger*innen hat wie auf den Gebrauch des Solidaritätsbegriffs. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2020, PP 356–361

GRETA WAGNER

Help and Criticism

Solidarity and Charity in the Context of Aiding Refugees

From the perspective of social critique, helping others can be controversial. If aid is not accompanied by a political critique – it is argued – it can stabilise the status quo rather than contributing to social change. One-sided helping relationships reproduce symbolic inequalities and entail the risk of paternalism. Activists therefore seek to help in solidaristic ways instead of charitable ones. Ideally, solidarity is based on reciprocity, which is difficult to realise – particularly in unequal relationships. In this article, the author outlines solidaristic and charitable concepts of helping others before discussing three contrasting cases of volunteers aiding refugees: activists on the Greek island of Lesbos, civil sea

rescue operations in the Mediterranean, and volunteers in villages in the rural federal state of the Rhineland-Palatinate in Germany. The duration of the aid differs in these cases, which affects the importance of reciprocity between helpers and recipients of help as well as their concepts of solidarity. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2020, SEITEN 362-367

SOPHIA DAFINGER, EVA FLEISCHMANN,
KAROLIN-SOPHIE STÜBER

Von der Schwierigkeit, solidarisch zu sein

Ein Bericht aus der Forschung

Eine Gesellschaft braucht Solidarität, darin sind sich fast alle einig. Weniger Einigkeit besteht darüber, was das bedeutet. Wie genau manifestiert sich Solidarität, wie wandelt sie sich und wie kann man sie von anderen Formen kollektiven Handelns abgrenzen? Die Autorinnen befassen sich mit einigen kontroversen Fragen, die sich für die sozialwissenschaftliche Forschung aus dem Solidaritätsbegriff ergeben. Diese Fragen stellen sich auch für das interdisziplinäre Forschungsprojekt, über das in diesem Beitrag berichtet wird. In seinem Zentrum steht das Konzept einer politischen Solidarität zwischen Hilfe und Aktivismus, dessen Ambivalenzen ausgelotet und sozialphilosophisch reflektiert werden. Der Ansatz wird an Beispielen der Hilfe für Geflüchtete im 20. und 21. Jahrhundert illustriert. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2020, PP 362-367

SOPHIA DAFINGER, EVA FLEISCHMANN,
KAROLIN-SOPHIE STÜBER

The Difficulty of Showing Solidarity

A Report from Research

Almost everyone agrees that a society needs solidarity, although there is less consensus about

what that means. How exactly does solidarity manifest itself, how does it develop over time and how can one differentiate it from other forms of collective action? The authors deal with some controversial questions that arise from the concept of solidarity for social science research. They are also raised regarding the interdisciplinary research project that is reported on in this article. At its centre is the concept of political solidarity between aid and activism, the ambivalences of which are plumbed and reflected from a socio-philosophical perspective. The approach is illustrated using examples of aid extended to refugees in the 20th and 21st centuries. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2020, SEITEN 368-373

ANUSCHEH FARAHAT, MARIUS HILDEBRAND

Demokratie für Deutschland, Austerität für Europa?

Grenzen der Solidarität in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

Anhand des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wird untersucht, wie die verfassungsgerichtliche Bearbeitung von Konflikten im Kontext der Eurozonenkrise die Ausgestaltung transnationaler Solidarität in Europa beeinflusst. Hierzu wird argumentiert, dass sich die kriseninduzierte Politisierung europäischen Regierens als Vervielfältigung und Vertiefung von transnationalen Solidaritätskonflikten verstehen lässt. Auf dieser Grundlage wird deutlich, dass das ESM-Urteil die supranationale Konditionalisierung von finanzpolitischer Solidarität gegenüber den Schuldnerstaaten als notwendige Ergänzung eines auf den Nationalstaat verengten Demokratieprinzips geltend macht. Das Gericht nobilitiert damit nicht nur die krisenpolitische Position der Bundesregierung. Das Urteil läuft auf ein Dilemma demo-

kratischen Regierens in Europa hinaus und setzt der Ausgestaltung transnationaler Solidarität in Europa enge Grenzen. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2020, PP 368-373

ANUSCHEH FARAHAT, MARIUS HILDEBRAND

Democracy for Germany, Austerity for Europe?

Limits of Solidarity in the Jurisdiction of the German Federal Constitutional Court

On the basis of the ruling of the European Stability Mechanism (ESM) – announced by the German Federal Constitutional Court – the article examines how constitutional resolutions of euro zone crisis-induced conflicts affect the institutionalisation of transnational solidarity in Europe. For this purpose, it is argued that the crisis-induced politicisation of European governance is understood as a reproduction and strengthening of transnational solidarity conflicts. Against this backdrop, it maps out how the court frames the supranational conditionalisation of financial solidarity towards the debtor countries inherent in the ESM as a necessary requirement of the democratic principle of the German constitution (Grundgesetz). Hence, the court does not only affirm the crisis politics of the German federal government; it runs into a dilemma of democratic governance in Europe and closes down the interpretative openness of the constitution in a way that undermines the political leeway for institutionalising a more progressive understanding of solidarity in Europe. ■

ABSTRACTS ZU DEN BEITRÄGEN

IN DEN RUBRIKEN AUS DER PRAXIS UND DEBATTE
UNTER WWW.WSI-MITTEILUNGEN.DE

Die **WSI-MITTEILUNGEN** sind eine referierte wissenschaftliche Zeitschrift im Themenspektrum „Arbeit-Wirtschaft-Soziales“. Ihr Anliegen ist wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn und der Transfer gesellschaftsrelevanter Wissenschaftsbefunde in die politische und gewerkschaftliche Praxis. Auf einen ansprechenden Sprachstil legen wir großen Wert. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors/der Autorin wieder, nicht unbedingt die der Herausgeberin und der Redaktion.

MANUSKRIPDTANGEBOTE für die Rubriken Aufsätze, Forschung aktuell, Aus der Praxis, Debatte sowie Buchbesprechungen werden als Word-Dateien erbeten an die Redaktion: gudrun-linne@boeckler.de.

Das eingereichte Manuskript darf im deutschsprachigen Raum weder veröffentlicht sein noch einer anderen Zeitschrift gleichzeitig angeboten werden. Auch sind Originalbeiträge erwünscht. Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Nomos Verlags. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag.

AUFSÄTZE sind analytische Beiträge zu einem praxisrelevanten Thema mit theoretischem wie auch empirischem Bezug (ca. 40 000 Zeichen inklusive Leerzeichen). Sie werden zweifach doppelt-blind begutachtet (Peer Review). Das Ergebnis wird üblicherweise binnen zwei Monaten nach Einreichung des Manuskripts mitgeteilt. Die Entscheidung über die Veröffentlichung in allen weiteren Rubriken liegt bei der Redaktion.

FORSCHUNG AKTUELL präsentiert zeitnah Befunde aus der empirischen Forschung, aus Datenanalysen oder gibt unter einer praxisrelevanten Fragestellung einen Überblick über den Forschungsstand (ca. 35 000 Zeichen inklusive Leerzeichen).

In **AUS DER PRAXIS** werden aktuelle, praxisrelevante Entwicklungen dargestellt und kritisch kommentiert (max. 20 000 Zeichen inklusive Leerzeichen).

DEBATTE bietet ein Forum für zugespitzte Diskussionsimpulse zu kontroversen wissenschaftlichen und/oder politischen Themen (max. 13 000 Zeichen inklusive Leerzeichen).

BUCHBESPRECHUNGEN stellen Neuerscheinungen aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften vor, die für einen breiten Leserkreis von Interesse sind (max. 11 500 Zeichen inklusive Leerzeichen). Für alle Textbeiträge gilt die neue deutsche Rechtschreibung gemäß den Empfehlungen des Dudens. Die detaillierten Redaktionshinweise finden Sie unter: www.boeckler.de/WSI-Mitteilungen. Wir bitten darum, diese bei der Texterstellung zu berücksichtigen.

Herausgeberin

Hans-Böckler-Stiftung

Verantwortlich

Prof. Dr. Bettina Kohlrausch
Wissenschaftliche Direktorin
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches
Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Redaktion

Redaktionsleitung
Dr. Gudrun Linne
Telefon (02 11) 77 78-10 3
Technische Redaktion
Andrea Heckenbach
Telefon (02 11) 77 78-10 4
✉ wsi-mitteilungen@boeckler.de
🌐 www.wsi-mitteilungen.de

Wissenschaftlicher Redaktionsbeirat

Prof. Dr. Karin Gottschall (Bremen)
Prof. Dr. Kerstin Jürgens (Kassel)
Prof. Dr. Martin Kronauer (Berlin)
Dr. Martin Kuhlmann (Göttingen)
Prof. Dr. Simone Leiber (Düsseldorf)
Prof. Dr. Janine Leschke (Kopenhagen)
Prof. Dr. Stephan Lessenich (München)
Prof. Dr. Markus Promberger (Nürnberg)
Prof. Dr. Miriam Rehm (Duisburg)
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder (Kassel)
Dr. Dagmar Simon (Berlin)
Prof. Dr. Christina Teipen (Berlin)

Verlag und Druck

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Postfach 100 310, 76484 Baden-Baden
Telefon: (0 72 21) 21 04-0
Telefax: (0 72 21) 21 04-27
✉ E-Mail: nomos@nomos.de

Anzeigen

Sales friendly Verlagsdienstleistungen
Pffaffenweg 15, 53227 Bonn
Telefon: (02 28) 97 89 80
Telefax: (02 28) 97 89 82 0
✉ E-Mail: roos@sales-friendly.de

Bezugsbedingungen 2020

Einzelheft 16,90 € (Print).
Das Jahresabonnement (Print und Online) umfasst 6 Ausgaben.
49,80 € für Studierende (unter Einsendung eines Studiennachweises),
94,80 € / 99,60 € für Privatpersonen im Inland/Ausland,
164,00 € für Institutionen (Mehrfachnutzung/unbegrenzte Online-Nutzer).
Alle Preise inkl. MwSt., zzgl. Vertriebskostenanteil.
Bestellungen beim örtlichen Buchhandel
oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
Kündigungsfrist: 3 Monate vor Kalenderjahresende.

Urheber- und Verlagsrechte

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag. Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e. V. zur Verwendung von Buchrezensionen.